

BEBAUUNGSPLAN

ANTRAGGEBER:

GEMEINDE BROTDORF

AMTSBEZIRK:

MERZIG - LAND

BEZEICHNUNG
DER LAGE:

AUF DER WILD

FLÄCHE:

2,3 u. 16

MASSTAB:

1:1000

DER LANDRAT

DES

KREISES MERZIG-WADERN

ZEICHNUNG NR.
1.

DATUM

NAME

KREISPLANUNGSSTELLE

ANFGEFÜHRT:

BEARBEITET :

1.2.66

BLUM

GESEHEN :

GEPRÜFT :

ÄNDERUNGEN

MERZIG, DEN 1. FEBRUAR 1966

I.A.

PLAN-ZEICHNUNG UND -FESTSETZUNG (SATZUNG)
SIND EIN BESTANDTEIL UND HABEN ZUSAMMEN-
HÄNGEND GLEICHZEITIG OFFEN AUSGELEGEN.

BROTDORF, DEN 10. Juli 1966



DER BÜRGERMEISTER

Handwritten signature

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BBL. I. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 7. NOV. 66 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde BROTDORF durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1 Geltungsbereich	SIEHE ZEICHNUNG
2 Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	REINE WOHNGEBIETE SIEHE ZEICHNUNG
2.1.1 zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 3. ABS. 2
2.1.2 aussergewöhnliche zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 3. ABS. 3
2.2 Baugebiet	ALLGEMEIN. WOHN- UND GEWERBEGEBIETE SIEHE ZEICHNUNG
2.2.1 zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 4. ABS. 2
2.2.2 aussergewöhnliche zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 4. ABS. 3
2.3 Baugebiet	MISCHGEBIETE SIEHE ZEICHNUNG
2.3.1 zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 6. ABS. 2
2.3.2 aussergewöhnliche zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 6. ABS. 3
3 Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE ZEICHNUNG
3.2 Grundflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.3 Geschosshöhenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.4 Baumassenzahl	ENTFÄLLT
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4 Bauweise	OFFEN
5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE ZEICHNUNG
6 Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE ZEICHNUNG
7 Mindestgröße der Baugrundstücke	ENTFÄLLT
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von Oberkante Straßenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfußboden)	FESTSETZUNG IM EINZELFALL NACH STR. PROJEKT
9 Fläche für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	SIEHE ZEICHNUNG, SONST INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHE
10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	SIEHE ZEICHNUNG
12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.	ENTFÄLLT
14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
15 Verkehrsflächen	SIEHE ZEICHNUNG
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschlüsse der Grundstücke an die Verkehrsflächen	GEMÄSS STRASSENPROJEKT
17 Versorgungsflächen	SIEHE ZEICHNUNG
18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	SIEHE ZEICHNUNG
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	ENTFÄLLT
20 Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeil- und Badeplätze, Friedhöfe	SIEHE ZEICHNUNG
21 Flächen für Verschüttungen, Abrabungen oder für die Stilleben- und Lagerung von Abfallstoffen	ENTFÄLLT
22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft	SIEHE ZEICHNUNG
23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	SIEHE ZEICHNUNG
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	SIEHE ZEICHNUNG (PARKPLÄTZE)
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.	ENTFÄLLT
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	SIEHE ZEICHNUNG (PARKANLAGEN)
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN -SATZUNG- „AUF DER WILD“ GEMEINDE: BROTDORF

Zu BVerwG
40 76.94

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

SIEHE ANLAGE

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	FUNKENFLUGSCHUTZHAUBEN AUF ALLEN SCHORNSTEINEN VON GEBÄUDEN DIE AUF BAUGRUNDST. ENTLANG DES WALDRANDES STEHEN.
2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	ENTFÄLLT
3 Flächen, unter denen das Bergbau ungeht	ENTFÄLLT
4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	ENTFÄLLT

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

1	ENTFÄLLT
2	ENTFÄLLT

Planzeichen-Erklärung

	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude und Art der baulichen Nutzung
	Bestehende und geplante Straßen
	Reine Wohngebiete
	Allgemeine Wohngebiete
	Mischgebiete
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baulinie
	Baugrenze
	Wasserleitung
	Kanalleitung
	Geschosshöhe, I = zwingend, II = Höchstgrenze
	GRZ/GFL
	Grundflächenzahl, Geschosshöhenzahl
	Garage u. Einfahrten

	Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf Kindergarten
	Kirche
	Schule
	Verw. Gebäude
	Grünflächen
	Parkanlage
	Spielplatz
	Verkehrsflächen
	Öffentl. Parkflächen
	Flächen f. Versorgungsanlagen
	Umformerstation
	Flächen für die Landwirtschaft u.
	Forstwirtschaft mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (Wasserl., Kanall., Hochsp.)

Der Bebauungsplan ist gemäß § 2 Abs. 6 BBauG. ausgelegt von 6. Juni 1966 bis zum 9. Juli 1966. Der Bebauungsplan wird gemäß § 10 BBauG. als Satzung vom Gemeinderat am 19. Juli 66. beschlossen.



Der Bürgermeister

Handwritten signature

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG. genehmigt.

Saarbrücken, den 27. Juli 1966

Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

In Auftrag

10A-5

1650166-

Handwritten signature

Regierungswirtschaftsamt

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG. wurde am 1. August 1966ortsüblich bekanntgegeben.

BROTDORF

den 1. August 1966

Der Bürgermeister

Handwritten signature

